

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 10/2013 vom 21. November 2013, 17:00 Uhr, Rathaus

Anwesend**Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter

Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler

SekretariatStadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Dominique Kröpfli**Entschuldigt**

Stadtratsmitglieder Jonas Baumann-Fuchs, Matthias Wiedmer, Simon Schweizer

Schluss der Sitzung20:00 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Er wünscht dem Stadtrat Matthias Wiedmer (SVP), der wegen Krankheit abwesend ist, gute Besserung. Stadtpräsident Raphael Lanz kann, wegen einer Terminüberschneidung, nur bis 19:00 Uhr an der Stadtratssitzung teilnehmen; die Debatte wird dann wie geplant weitergeführt.

67. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24. Oktober 2013

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

68. Voranschlag 2014 der Einwohnergemeinde Thun

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 17/2013

Stadtpräsident Raphael Lanz verweist auf die Unterlagen. Er betont, dass der Gemeinderat grossen Wert darauf gelegt hat, gute und transparente Dokumente zu erstellen. Im Gespräch mit den vorberatenden Kommissionen wurden kleine Nuancen in den Dokumenten aktualisiert. Das Resultat, das sich zeigt, ist grundsätzlich gut. Vergleicht man die Situation mit anderen Gemeinden, kann die Stadt Thun über den ausgeglichenen Voranschlag und Aufgaben- und Finanzplan zufrieden sein. Er äussert Zufriedenheit über die Beratungen in den vorberatenden Kommissionen. Alle Fragen konnten beantwortet werden und der Voranschlag und Aufgaben- und Finanzplan ist im Allgemeinen auf ein sehr positives Echo gestossen. Er weist auf die aktuelle Debatte im Grossen Rat und mögliche Auswirkungen für die Stadt Thun hin. Die Aufhebung der Gesamtpauschale bei den Berufskosten wurde im Grossen Rat beschlossen und ist im Finanzplan für das Jahr 2014 dementsprechend budgetiert. Falls es eine Planänderung bezüglich der Fahrkostenabzüge geben wird, wird dies ab dem Jahr 2016 negative Auswirkungen auf die Budget- und Finanzplanung der Stadt Thun haben. Diesbezügliche stehen Entscheidungen auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene noch aus.

Konrad Hädener, **BRK**, erwähnt, dass alle SAKO's der Vorlage, ohne Änderungsvorschläge, einstimmig zustimmen, so auch die BRK. Erfahrungsgemäss sorgen Änderungsanträge, die nach den Fraktionsitzungen eingehen, für etwas Unmut. Er kritisiert aber das Vorgehen der eingegangenen Änderungsanträge der SVP-Fraktion in keiner Art und Weise. Es muss für Fraktionen und einzelne Ratsmitglieder die Möglichkeit geben, auch nach der Vorberatung Änderungsanträge einzugeben. Die richtige Sitzungsfolge wurde bereits mehrmals diskutiert. Es gibt jedoch keine Reihenfolge, die allen Ansprüchen gerecht werden kann. Die Anträge sind legitim, wurden aber von der BRK nicht diskutiert und folglich nicht kommentiert.

Die BRK hat dem Voranschlag einstimmig zugestimmt. Aus diesem Grund werden an dieser Stelle nur die wichtigsten Punkte der Beratung erläutert. Es ist nicht selbstverständlich, ein ausgeglichenes Budget zu haben. Umliegende Gemeinden rechnen in den nächsten Jahren mit roten Zahlen. Die Defizite werden mit Steuererhöhungen oder akuten Sparmassnahmen ausgeglichen. Nach den Beurteilungen des Institutes für öffentliche Verwaltung der Hochschule Lausanne ist die Stadt Thun in ausgezeichneter finanzieller Verfassung. Das vorliegende Mehrverschuldungsprogramm für die nächsten vier Jahre von 38 Mio. Franken ist auf ein gutes Rating angewiesen, das für die Stadt Thun zurzeit gut aber nicht makellos ist. In der Qualität der Haushaltsführung erhält die Stadt Thun, auf Grund der geringen Investitionen, eine ungenügende Note. Die Selbstfinanzierungskraft der Stadt ist seit Jahren ungenügend und das Resultat überrascht deshalb nicht. So liegen beispielsweise die Investitionen für das Verwaltungsvermögen für das kommende Jahr 2014 nur bei 22%. Ausgeglichene Rechnungsergebnisse genügen für die Stadt Thun nicht. In Zukunft muss die Stadt Thun positiv abschliessen und einen höheren Mittelfluss generieren, damit Investitionen betätigt werden können. Das ausgeglichene Planergebnis für das kommende Jahr ist die Differenz von grossen Aufwänden und grossen Erträgen. Das ist aus mathematischer Sicht eine labile Grösse. Die BRK hat sich aus diesem Grund mit der Frage nach den kurzfristig grössten Unsicherheiten befasst. Diesbezüglich ist die kantonale Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) ein wichtiger Einfluss-

faktor. Die Aufhebung der Gesamtpauschale bei den Berufskosten bedeutet eine Entlastung und Mehreinnahmen für die Stadt Thun. Der Kostendruck, der von Seiten des Kantons an die Gemeinden weitergegeben wird, bleibt jedoch weiterhin spürbar. Die BRK nimmt die Zunahme von netto 500 Stellenprozenten im Jahr 2014 zur Kenntnis. Die Änderungen wurden diskutiert, es wurden aber keine Vorbehalte angemeldet. Das Bild des Voranschlags 2014 ist geprägt von rückläufigen Unternehmenssteuererträgen und ausserordentlich hohen Investitionen. Der viel beklagte Investitionsstau löst sich teilweise auf.

Die BRK bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Finanzverwaltung für die sorgfältige Vorbereitung dieses Geschäftes und die ausführliche und gute Dokumentation. Die BRK stimmt dem Voranschlag einstimmig zu.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, bedankt sich im Namen der Fraktion beim Gemeinderat für das ausgeglichene Budget. Angesichts der negativen Indikatoren wie die rückläufigen Steuereinnahmen, der zunehmende bauliche Unterhalt, der Investitionsstau, die tieferen Bezüge aus dem Finanzausgleich und gleichzeitig höheren Beträge beim Lastenausgleich und einen ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad ist ein ausgeglichenes Budget nicht selbstverständlich. In Anbetracht des schwierigen Umfeldes ist es eine grosse Leistung des Gemeinderates, eine ausgeglichene Budgetplanung zu realisieren. Dies beweist seine Führungsqualitäten und sein Durchsetzungsvermögen.

Es zeigt sich jedoch, dass der zukünftige Trend etwas gegen den Abgrund geht. Der Gemeinderat erkennt diesen Trend leider nicht in allen Punkten der Finanzplanung. Am 7. Mai 2013 hat der Stadtrat das Postulat betreffend Stellenüberprüfung in allen Direktionen überwiesen. Dabei wurde der Gemeinderat beauftragt, den Stellenabbau in sämtlichen Direktionen zu überprüfen. Der Gemeinderat hat jedoch den Stellenausbau in verschiedenen Ämtern geprüft und als richtig eingestuft. Es werden insgesamt 500 Stellenprocente neu geschaffen und der Personalaufwand steigt insgesamt um 3%. Für die SVP-Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, dass der Gemeinderat ca. 600'000 Franken Mehrausgaben für bestehende Aufgaben beschliesst, ohne im Stadtrat dafür Rechenschaft abzulegen. Er verlangt, dass dem beschlossenen Postulat gefolgt wird und bewilligt keine Budgeterhöhung für zusätzliche Stellenprocente. Er betont, dass die Budgeterhöhung, nicht aber der Stellenausbau abgelehnt wird. Die Schaffung von neuen Stellen liegt im Aufgabenbereich des Gemeinderates und die Notwendigkeit von neuen Stellen wird deshalb nicht in dieser Sitzung diskutiert. Die gewünschten Stellenschaffungen müssen mit bestehenden Mitteln finanziert werden. Die SVP-Fraktion beantragt die entsprechenden Budgetkredite zu kürzen und verweist auf die vier schriftlich aufgelegten Änderungsanträge die gestellt werden.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, erwähnt das ausgeglichene Budget. Im Vergleich mit umliegenden Städten ist es nicht selbstverständlich, ein ausgeglichenes Budget zu realisieren. Die einzelnen Direktionen haben sich an die Sparvorgaben gehalten, was zum Erfolg beigetragen hat. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten, die zur Umsetzung beigetragen haben. Sie hofft, dass auch in Zukunft die Stadt Thun ein ausgeglichenes Budget haben wird. Sparmassnahmen, wie sie im Rahmen der ASP im Kanton durchgeführt werden, brauchen sehr viel Zeit und Energie in der Politik und Verwaltung aber auch in allen Institutionen, die davon betroffen sind. Die Spardebatte des Kantons Berns kann einen starken Einfluss auf das Budget der Stadt Thun haben. Diesbezügliche Beschlüsse sind noch offen und somit entstehen bereits erwähnte Unsicherheiten in den Auswirkungen für die Gemeinden. Sie ist der Ansicht, dass in Thun kein grösseres Sparpotenzial vorhanden ist. Sollte der Spardruck bei den Gemeinden in Zukunft noch grösser werden, muss eine Steuererhöhung ins Auge gefasst werden.

Die SP-Fraktion stimmt dem Voranschlag und dem Budget 2014 zu. Die Änderungsvorschläge der SVP-Fraktion werden abgelehnt. Die neu geschaffenen Stellen sind notwendig und nachvollziehbar. Das Thema ist in den betreffenden Direktionen bereits seit längerer Zeit ein Thema und die SAKO's haben transparent informiert.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, bedankt sich im Namen der Fraktion für die umfangreiche und saubere Arbeit. Die Dokumente sind nachvollziehbar und die offenen Fragen konnten durch die entsprechenden SAKO's beantwortet werden. Das ausgeglichene Budget ist ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite ist es gut, andere Städte und Gemeinden wären froh darum. Auf der anderen Seite kann sich die Situation in kurzer Zeit ändern. Es gibt grosse Unsicherheiten bezüglich Budget und Finanzplanung mit der die Stadt Thun in den kommenden Jahren konfrontiert wird. Er weist auf die Schulden von 38 Mio. Franken hin, die auch bei einem tiefen Zinssatz einen beträchtlichen Betrag darstellen. Die Investitionen, zumindest beim Verwaltungsvermögen, werden zu 4/5 fremdfinanziert, wobei der zurzeit tiefe Zinssatz positive Auswirkungen hat. Er erwähnt die Spardiskussionen beim Kanton. Der Aufgaben- und Finanz-

plan wird Auswirkungen auf das Budget der Stadt haben, wie beispielsweise auf die Diskussionen zur Berechnung der ÖV-Punkte. Im Finanzplan 2014 werden erwartende Mehrkosten erwähnt, die in der Planung noch nicht enthalten sind. Bei den Spezialfinanzierungen wird ein negativer Trend verzeichnet und Auswirkungen von ausstehenden Entscheidungen, wie beispielsweise die Unternehmenssteuerreform, sind in der Finanzplanung ebenfalls noch nicht einbezogen. Der Gemeinderat rechnet mit stabilen oder leicht steigenden Steuereinnahmen; trotzdem steigen die Schulden der Stadt Thun weiter an und der Eigenfinanzierungsgrad bleibt negativ. Die Fraktion der Mitte ist gespannt wie sich die Situation in Zukunft entwickeln wird. Viele Unsicherheiten bleiben offen, die positive wie auch negative Auswirkungen mit sich bringen können. Die Fraktion nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis und stimmt dem Voranschlag mehrheitlich zu.

Für Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, ist es nicht immer einfach, in diesem Thema den Überblick zu behalten und die Zusammenhänge zu verstehen. Er bedankt sich bei den Verantwortlichen der Sachkommissionen für die ausführliche Bearbeitung und das Beantworten der Fragen. Die FDP-Fraktion stimmt dem Voranschlag, ohne Änderungswünsche, mehrheitlich zu. Über ein ausgeglichenes Budget bei gleichbleibendem Steuersatz sollte sich der Stadtrat freuen. Dennoch stimmen einige Aspekte nachdenklich. Eine allfällig entstehende Euphorie ist falsch am Platz. Es besteht eine Abhängigkeit vom kantonalen Finanzloch. Mögliche Auswirkungen auf die Budgetplanung der Stadt Thun stehen noch offen. Dies ist sich der Gemeinderat wie auch der Stadtrat bewusst. Die FDP-Fraktion fragt sich, mit welchen Zukunftsszenarien sich der Gemeinderat im Konkreten befasst. Es braucht ein Frühwarnsystem, damit strategische Interventionen eingeleitet werden können. Er erwähnt die geplanten Investitionen, und macht sich Sorge über die Werterhaltung.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, schliesst sich dem Dank an den Gemeinderat an. Die FDP-Fraktion nimmt zustimmend vom Aufgaben- und Finanzplan 2014 bis 2017 Kenntnis. Als negativer Aspekt ist das Auseinanderdriften der Steuereinnahmen und der Ausgaben für den kantonalen Lastenausgleich aufgefallen. Er weist auf die möglichen negativen Auswirkungen der momentanen Spardebatten beim Kanton hin. Bedenklich ist, dass die geplanten Investitionen für die Jahre 2014 bis 2017 von 48 Mio. Franken mehrheitlich nicht durch eigene Mittel erfolgen und die Stadt Thun dadurch eine Neuverschuldung von 38 Mio. Franken eingeht.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat und bei allen Mitarbeitenden für den detaillierten Voranschlag. Ein ausgeglichenes Budget sollte bei einem gleichbleibenden Steuersatz erzielt werden, was nicht bei allen umliegenden Städten erreicht werden kann. Der Selbstfinanzierungsgrad ist bei einem Fremdmittelbetrag von ca. 24 Mio. Franken immer noch ungenügend. Langfristig gesehen ist das eine problematische Entwicklung. Die Sparmassnahmen des Kantons sind mit Unsicherheiten auch für das Budget der Stadt Thun verbunden. Aufgefallen sind die fünf neuen Stellen. Die Begründungen durch die Sachkommissionen sind einleuchtend und plausibel. Die BDP-Fraktion, stimmt dem Voranschlag unverändert zu. Er äussert sich auch zum Finanzplan. Die kantonale Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) wird Auswirkungen auf den zukünftigen Finanzplan der Stadt Thun haben und ist noch mit gewissen Unsicherheiten verbunden. Durch die Unternehmenssteuerreform können erhebliche Einbussen für die Stadt Thun entstehen. Der Realisierungsgrad wurde in den letzten Jahren nie ganz erreicht. Die BDP-Fraktion nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis.

Für Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist das Unspektakuläre gerade jetzt spektakulär. Ausgeglichenheit ist in der heutigen finanzpolitischen Landschaft etwas Positives. Er bedankt sich bei allen Beteiligten und Mitarbeitenden für die Umsetzung. Bezüglich des Finanzplans äussert er Zweifel beim geplanten Überschuss in künftigen Jahren. Die Einschätzung des Gemeinderates bezüglich der finanziellen Entwicklung erscheint etwas zu optimistisch. Zweifel kommen aufgrund der tendenziell rückläufigen Steuerertragssituation, des ungenügenden Selbstfinanzierungsgrades und der zu tätigen Investitionen auf. An dieser Stelle erwähnt er die Schadaugärtnererei und das offenstehende Abstimmungsresultat. Aufgrund der vielen offenen Unsicherheiten wird die sehr optimistische Sichtweise der Finanzplanung nicht geteilt. Bezüglich des Stellenausbaus stellt er fest, dass die geplanten Änderungen still und leise geplant wurden. Die Antworten der BRK sind nicht überzeugend und inhaltlich nicht genug begründet. Erst durch die Budgetplanung wird die Kostensteigerung von 10% in einem Amt erwähnt. Die Diskussionen und Informationen im Voraus haben dazu gefehlt. Die Haltungen dazu sind in der Fraktion der Grünen unterschiedlich. Insgesamt

samt hat die Fraktion mehr Informationen über den Stellenausbau im Voraus erwartet. Dem Voranschlag wird mehrheitlich zugestimmt und teilweise werden die Änderungsanträge unterstützt und mitdiskutiert.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Finanzplanung für das Jahr 2014 verlässlich scheint. Für die kommenden Jahre ab 2014 können nur Hinweise über die Finanzplanung gemacht werden, da nicht abschätzbare Faktoren und Änderungen in der Budgetplanung vorhanden sind. Er weist auf die Sparübungen im Kanton Bern hin und die möglichen negativen Auswirkungen auf die Stadt Thun. Bedenklich findet er die Unternehmenssteuerreform III auf Bundesebene, die eine Steuereinbusse von rund einem Steuerzehntel, einen Betrag von 6 bis 8 Mio. Franken, zur Folge haben kann. Sollte die Unternehmenssteuerreform III so erfolgen, müsste eine allfällige Steuererhöhung in Betracht gezogen werden, weshalb er hofft, dass möglichst viele in diesem Saal auf ihre Bundespolitikerinnen und -politiker einwirken, um die negativen Folgen für die Städte zu verhindern. Er stellt fest, dass zurzeit Mehrausgaben nötig sind, die lange nicht getätigt worden sind und somit die Verschuldung, die Fremdfinanzierung weiter steigt. Die Investitionen und der bauliche Unterhalt sind aber nötig. Als Hoffnungsfaktoren wird die Prognose der Einwohnerzahlentwicklung gesehen. Durch die neuen Überbauungen, die nicht alle im AFP enthalten sind, steigt vermutlich die Zahl der Neuzuzüger und somit die Steuereinnahmen. Eine bedauerliche Massnahme ist die Weiterführung der AVP-Massnahme als Kompensation im Bereich Kultur mit einem Betrag von 100'000 Franken. Um eine vielfältige Kultur in Thun zu erhalten, müssen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. In Zukunft sollten positive Rechnungsabschlüsse angestrebt werden. Somit könnten Investitionen auch ohne Fremdfinanzierung durchgeführt werden. Er hofft auf eine stabile und positive Wirtschaftsentwicklung und auf substanzielle Lohnerhöhungen der Werk tätigen, da 71% der Steuereinnahmen der Stadt Thun von Einkommenssteuern von natürlichen Personen stammen. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die grosse Arbeit, die jedes Jahr geleistet wird und nimmt zustimmend Kenntnis vom Finanzplan.

Konrad Hädener, **BRK**, bekräftigt seine Berichterstattung aus der Kommission zum Thema der Stellenschaffung und zu den diesbezüglichen kritischen Anmerkungen von Stadtrat Hiltzold (Fraktion Grüne). Die neuen Stellen wurden diskutiert, aber es wurden keine Vorbehalte geäussert.

Stadtpräsident Raphael Lanz, bedankt sich für die grundsätzlich gute Aufnahme der Unterlagen und bedankt sich im Namen des Gemeinderates auch bei der Finanzverwaltung. Er nimmt Stellung zu den schriftlich vorliegenden Anträgen bezüglich der Personalkosten. Der Gemeinderat hat ein starkes Auge auf den Personalaufwand. Er kann die kritische Hinterfragung aus dem Stadtrat nachvollziehen. Er weist darauf hin, dass bei der Direktion Bildung und Sport 50 Stellenprozente reduziert werden. Er ruft den Prozess der Stellenbeschaffung in Erinnerung. Stellen können nur im Budgetierungsprozess geschaffen werden. Verwaltungsintern werden mehrere Etappen durchlaufen, teilweise werden jahrelange Vorarbeiten geleistet, bis die Geschäfte im Gemeinderat diskutiert werden. Die Stellenschaffungen sind so begründet, dass die Anträge im jetzigen Zeitpunkt nichtmehr umgangen werden können. Bezüglich der Unternehmenssteuerreform III versichert er, dass Nationalrätin Ursula Haller Gespräche führt und die Anliegen der Stadt vertreten wird. Der Stadtpräsident selber engagiert sich auch in dieser Sache im Vorstand des Städteverbandes. Der Gemeinderat setzt sich für faire Lösungen ein. Diskussionen über Steuererhöhungen werden zurzeit nicht angestrebt. Geplant ist, den bisherigen Weg weiterzuführen. Der Gemeinderat strebt langfristige Lösungen an und möchte keine politisch wertenden Vorlagen präsentieren. Er versucht die aktuelle Situation realistisch abzubilden und zeigt zukünftige, mögliche Änderungen auf. Die Planung verläuft laufend und muss immer wieder ergänzt werden. Er hofft, dass auch in Zukunft solide finanzpolitische Grundlagen gemacht und damit gute Entscheide gefällt werden können.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, betont, dass es um die Reduktion der Budgetkredite, nicht aber um die Stellenreduktion geht. Zuständig für die Stellenschaffung ist der Gemeinderat und die betreffenden Stellen können jederzeit geschaffen werden, wenn andere Mittel eingespart werden.

Konrad Hädener, **SAKO P+F**, erwähnt die bevorstehende Revision des Lohnsystems. Die SAKO P+F hat Wert darauf gelegt, dass der Stadtrat möglichst frühzeitig bei der Ausgestaltung miteinbezogen wird, und der Gemeinderat hat die Zusicherung dazu gegeben. Der Zuwachs des Personalaufwandes im Jahr 2014 gegenüber dem Voranschlag im Jahr 2013 beträgt 1.8 Mio. Franken. Die diskutierten Stellen betragen davon 0.5 Mio. Franken. Die Zunahme von 1.3 Mio. Franken ist bedingt durch Teuerungsausgleich und der Erfahrungszulagen. Solche Automatismen sind das Problem. Die Struktur der Budgetierung ist wir-

kungsorientiert. Es soll nicht pauschal über den Personalaufwand diskutiert werden. Man kann einem Projekt zustimmen oder nicht. Bei einer Zustimmung muss der personelle Mehraufwand berücksichtigt und akzeptiert werden. Er weist auf das Projekt GEVER hin und die Notwendigkeit einer zeitgemässen, digitalen Bearbeitung von Dossiers. Es stellt sich somit nicht die Frage nach einer Zustimmung zu den Stellenprozenten sondern nach einer Zustimmung zum Projekt. Projekte mit zu geringen Ressourcen scheitern und vernichten öffentliche Gelder.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, warnt davor, die Stellenneuschaffung im Kontext mit der Revision des Lohnsystems zu betrachten. Es ist wichtig, dass jede Stelle eingespart wird, die nicht absolut notwendig ist. Es ist besser weniger Personal einzustellen, dieses dafür gut zu behandeln, anstatt viel Personal zu engagieren, das man schlecht behandelt.

Externe Fachkräfte sind oft teurer als interne Mitarbeiter. Diskutiert wird hier über die Schaffung von Dauerstellen. Es ist besser bei einem Projekt projektspezifische Mehrkosten durch den zusätzlichen personellen Aufwand in Kauf zu nehmen. Diese Kosten werden nach Projektabschluss wieder entfallen. In der vorliegenden Situation werden projektbezogene Dauerstellen geschaffen, die nach Projektschluss nicht aufgehoben werden.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist überzeugt, dass der Gemeinderat und die Verwaltung genau diese Diskussion geführt haben und vertraut auf dessen richtige Entscheidungen.

Beschlussfassung über die Änderungsanträge der SVP-Fraktion:

Der Antrag zur Kürzung der Produktegruppe 1.8, Informatik, um 137'000 Franken wird mit 10 zu 27 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag zur Kürzung der Produktegruppe 2.3, Amt für Stadtliegenschaften, um 266'000 Franken wird mit 12 zu 25 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag zur Kürzung der Produktegruppe 2.9, Tiefbauamt, um 80'000 Franken wird mit 10 zu 27 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag zur Kürzung der Produktegruppe 5.7, Baupolizei, um 110'400 Franken wird mit 8 zu 27 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Lukas Lanzrein (SVP) bedankt sich beim Gemeinderat für die Erarbeitung des Voranschlages. Die Änderungsanträge bezüglich der Stellenprozente sind erwartungsgemäss alle abgelehnt worden. Die Stadt Thun schafft neue Stellen. Das kann er aus unterschiedlichen Gründen nicht gutheissen. In seinen Augen ist die Argumentation von Stadtrat Konrad Hädener nicht ganz stringent. Einerseits erwähnt er, dass eine reine Inputsteuerung durch den Stadtrat den entsprechenden Gepflogenheiten widersprechen würde. Andererseits ist genau dieser bereits erwähnte Vorstoss mit der Aufgabentrennung des Gemeinde- und Stadtrats abgelehnt worden. Er stimmt Stadtrat Konrad Hädener nicht zu, dass sich die Frage über die neu geschaffenen Stellen nicht stelle, da dem Projekt bereits zugestimmt worden sei. Zudem gibt es grössere offene Fragen im Budget. Er erwähnt die kantonalen Sparmassnahmen, Veränderungen im Zinsniveau und Investitionen, die seiner Ansicht nach im Finanzplan nicht genug abgewogen werden. Die Situation kann sich zu schnell verschlechtern. Da er die neuen Stellenschaffungen nicht unterstützen kann und obwohl er mit der Ausgeglichenheit des Voranschlages zufrieden ist, wird er den Voranschlag nicht unterstützen.

Konrad Hädener (CVP) erklärt, dass nicht nur Zahlen, sondern auch über Leistungen entschieden wird. Zahlen können nicht vom Text getrennt werden. Die Frage bezüglich des konkreten GEVER-Projektes und dem personellen Mehraufwand stellt sich aufgrund des Bedarfs nicht. Die Frage, ob man einem Projekt zustimmt oder nicht, darf man grundsätzlich aber durchaus stellen.

Der Rat genehmigt mit 36 zu 0, bei einer Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 lit. a), 40 lit. b) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 12. September 2013, beschliesst:

1. Der Voranschlag 2014 der Stadt Thun, mit einem Aufwand von Fr. 293'857'700.- und einem Ertrag von Fr. 293'857'700.- ausgeglichen abschliessend, wird genehmigt.
2. Im Jahr 2014 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze.
 - b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.
3. Ziffern 1 – 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

69. Aufgaben- und Finanzplan 2014 - 2017

Kenntnisnahme

Bericht des Gemeinderates Nr. 18/2013

Der Rat genehmigt mit 31 zu 0 Stimmen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 12. September 2013, beschliesst:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2014 – 2017 wird zur Kenntnis genommen.

70. Rechtsetzung: Neues Taxireglement

Totalrevision gestützt auf die neue kantonale Taxiverordnung

Bericht des Gemeinderates Nr. 21/2013

Gemeinderat Peter Siegenthaler, weist darauf hin, dass das Taxiwesen neben den STI Verkehrsbetriebe eine wichtige Visitenkarte für den Tourismus ist und Wesentliches zu einem guten Stadtbild beiträgt. Aus diesem Grund ist es für die Bewilligungsbehörde wichtig, mit dieser Vorlage bestimmte gesetzliche Vorgaben für einen guten Standard im Taxiwesen in der Stadt Thun zu setzen. Er erläutert die Vorlage und die Grundlagen des Taxiwesens und weist auf das Überangebot, das nicht nur in Thun vorhanden ist, hin. Dadurch hat sich die Konkurrenzsituation unter den Taxiunternehmen vergrössert. Das vorliegende Geschäft hat das Ziel, Richtlinien zu setzen und nicht mehr Regeln als absolut nötig sind aufzustellen.

Manfred Locher, **SAKO Si+So**, fasst wichtige Aspekte des Taxiwesens in Thun zusammen und weist darauf hin, dass das neue Taxireglement die Qualität beeinflussen kann. Der Taxihalterrat, als Ansprechpartner für die Stadt hat sich sehr bewährt und die touristische Bedeutung des Taxiwesens darf nicht unterschätzt werden. Die SAKO stimmt mit 4 zu 0 Stimmen bei 2 Abwesenden der neuen Rechtssetzung zu.

Namens der **Fraktion der Mitte** erwähnt Stadtrat Locher zwei persönliche Beispiele bezüglich mangelnden Deutschkenntnissen von Taxichauffeuren und den unterschiedliche Preisen. Die Fraktion der Mitte stimmt der Vorlage zu.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, ist sich bewusst, dass die zum Teil sehr eng geführte Rechtssetzung auf Grund von schlechten Erfahrungen entstanden ist. Sie befürwortet die einheitlich kantonale Regelung und Zusammenarbeit mit grösseren Städten. Sie befürwortet einen selbstregulierenden Markt. Offene Fragen bleiben zum Artikel 3 Abs. 1 und zum Artikel 12 bezüglich der praktischen Prüfung. Fraglich ist der Zeitaufwand durch das Gewerbeinspektorat. Im Artikel 16 Abs. 3 wird festgehalten, dass maximal die Hälfte

der zusammenhängenden öffentlichen Parkplätze durch Fahrzeuge desselben Taxiunternehmens belegt werden darf. Sie sieht darin eine Benachteiligung der grösseren Taxiunternehmen und eine Wettbewerbsverzerrung. Sie verweist zudem auf die immer noch ungelöste chaotische Situation am Bahnhof. Sie wünscht, dass die Stadt mit der SBB erneut das Gespräch sucht. Die Fraktion folgt den Änderungsanträgen der SVP-Fraktion, mit Ausnahme des 1. Antrages bezüglich der obligatorischen Taxihalterkonferenz.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass sich die Liberalisierung schlussendlich ungünstig auf das Taxigewerbe ausgewirkt hat. Seine Internetrecherche hat ergeben, dass andere Städte wie Bern und Zürich ähnliche Probleme wie die Stadt Thun im Taxiwesen hatten. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass der Markt nicht alles regulieren kann und teilt die Liberalisierungsgedanken der FDP-Fraktion nicht. Er betont, dass die Taxihalterkonferenz nicht auf freiwilliger Basis erfolgen kann. Die bekannten Probleme im Taxiwesen wurden auch auf kantonaler Ebene erkannt und auf Grund einer Motion wurde eine Verordnung erarbeitet. Das hier vorliegende Reglement korrespondiert mit dem kantonalen Reglement, wobei einzelne städtische Bereiche und die Meinung des Taxirates miteinbezogen worden sind. Er weist auf drei wichtige Neuerungen im Reglement hin. Dazu gehören die Taxihalterkonferenz, die Anschreibepflicht der Preise und die theoretischen und praktischen Prüfungen, welche mit entsprechender Vorbereitung durchaus absolvierbar sind. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für das erarbeitete Reglement. Das Reglement kann nicht immer alle Probleme lösen. Im Reglement steht beispielsweise nichts über die Qualität im zwischenmenschlichen Bereich. Aus der Sicht der SP-Fraktion ist das Reglement massvoll und wird ohne Änderungsvorschläge angenommen.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, muss auf den Grundsätzen beharren und kann dem Taxireglement nicht zustimmen. Die SVP-Fraktion unterstützt den Grundsatz der Wettbewerbs- und Marktwirtschaft im Taxibusiness in Thun wie auch in anderen Sektoren. Im Taxibusiness heisst das konkret, dass zwischen einem Konsumenten und dem Taxihalter, bei gegenseitigem Konsens, ein privatrechtlicher Vertrag eingegangen wird. Die Argumentation, dass auf Grund der Preisunterschiede im Taxibusiness eine strengere Regulierung notwendig ist, kann er nicht unterstützen. Er macht einen Vergleich zu einer Preisbindung von Lebensmitteln. Er fordert einen funktionierenden Markt, bei dem Nachfrage und Angebote funktionieren. Die Probleme des Überangebots sind keine Probleme der Konsumenten und müssen aus diesem Grund auch nicht unter dem Stichwort Konsumentenschutz behandelt werden. Der Konsument ist eigenständig und mündig und braucht aus diesem Grund keine Sonderbehandlung vom Staat. Das vorliegende Reglement geht weit über die kantonale Verordnung hinaus. Er befürchtet mit dem neuen Reglement mehr Bürokratie, grössere Ineffizienz und einen personellen Mehraufwand. Die SVP-Fraktion unterstützt das Reglement, stellt aber diverse Änderungsanträge mit dem Ziel, ein pragmatisches und einfacheres Taxireglement für eine freie und funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, hat mit Taxihaltern gesprochen. Er ist überzeugt, dass eine gute funktionierende Taxikultur eine gute Imagewerbung für eine Stadt ist. Er macht einen Vergleich mit anderen Städten im Ausland, die eine sehr ausgeprägte Taxikultur pflegen. Auf der einen Seite müssen die Kunden, die hohe Qualitätsansprüche wie beispielsweise gute Orts- und Sprachkenntnisse haben, beachtet werden. Auf der anderen Seite steht das Taxigewerbe, das mit diesem Reglement immer noch funktionieren muss. Die BDP-Fraktion hat das vorliegende Reglement nach den Verbesserungen der Kundenfreundlichkeit, der Existenzgefährdung für einzelne Taxiunternehmen und der Verhältnismässigkeit der Regulierung beurteilt. Er verweist auf die Neuerungen wie Prüfungen bei der Lizenzvergabe hin und erhofft sich dadurch eine Verbesserung in der Qualität. Er begrüsst die jährliche obligatorische Taxihalterkonferenz, die eine gute Möglichkeit bietet, das Gespräch zwischen der Stadt und dem Taxiwesen aufrecht zu halten. Regelungen bezüglich der Kundenfreundlichkeit, Tarifstruktur und Information werden ebenfalls von der Fraktion unterstützt. Die freie Marktwirtschaft funktioniert nur für die Anwohner und Anwohnerinnen von Thun, aber nicht für Touristen, die das Taxi nur einmalig benutzen oder für körperlich behinderte Menschen, die auf eine Beförderung angewiesen sind. Die BDP-Fraktion stimmt den kundenfreundlichen Bestimmungen zu und ist sich sicher, dass dadurch eine Verbesserung im Taxiwesen erzielt werden kann. Die vorgesehenen Änderungen sind in dieser Art und Weise nicht existenzgefährdend für das Taxiwesen. Festlegung der Schriftgrösse und diesbezügliche Informationen, wie auch die Festlegung von Hilfeleistungen werden unterstützt. Die BDP-Fraktion stimmt der Totalrevision des Taxireglements zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist zufrieden mit dem neuen Taxireglement und begrüsst die Zusammenarbeit mit dem Kanton und den umliegenden grösseren Städten. Er verweist auf das Taxireglement von Interlaken, das einen sehr ähnlichen Inhalt aufweist. Ein positives Ziel ist die gewisse Vereinheitlichung. Bei der Vereinheitlichung der Preise ist ein Vergleich mit Lebensmitteln nicht ganz treffend. Beim Taxiwesen wird öffentlicher Raum zur Verfügung gestellt und es ist mit öffentlichen Aufgaben verbunden. Aus diesem Grund ist ein Regelungsbedarf vorhanden und notwendig. Die Stossrichtung des Taxireglements stimmt für die Fraktion der Grünen, über gewisse Änderungsanträge kann diskutiert werden.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Argumentation mit dem Gebrauch von öffentlichem Raum und einer damit verbundenen Beförderungspflicht nicht möglich ist. Beim Gebrauch von öffentlichem Raum sind Entschädigungen, aber nicht Pflichten zu leisten. Die SVP-Fraktion lehnt das Taxireglement nicht ab, sondern will ihm die Spitze brechen. Eine Regulierung des Taxiwesens, wie beispielsweise eine Regulierung der Standortplätze, ist notwendig. Es handelt sich um einen gewerbepolizeilichen Erlass, bei dem der öffentliche Schutz im Vordergrund steht. Er appelliert an den Rat, die Änderungsvorschläge der SVP-Fraktion anzunehmen.

Sitzungsunterbruch von 10 Minuten.

Detailberatung

Artikel 1, Absatz 2

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stellt den Abänderungsantrag, dass bei Artikel 1, Abs. 2, der zweite Satzteil nach dem Komma gestrichen wird. Der Vorschlag für den Art. 1 Abs. 2 lautet demnach: "Das Reglement gilt nicht für den Trampelwurm und ähnliche Fahrzeuge."

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag einstimmig zu.

Artikel 5

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, stellt den Antrag die Taxihalterkonferenz auf freiwilliger Basis durchzuführen. Er fordert den 2. Satz in Art. 5 zu streichen. Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass die Freiwilligkeit als Grundprinzip funktioniert. Taxiunternehmer sind erwachsene, mündige Personen, die keine Erziehung nötig haben.

Gemeinderat Peter Siegenthaler, lehnt im Namen des Gemeinderates diesen Antrag ab. Die Taxihalterkonferenz ist sehr gut und wünschenswert. Es ist ein gutes und wichtiges Instrument. Erfolgt die Taxihalterkonferenz auf freiwilliger Basis, können keine Änderungen erzielt werden. Er fordert den Stadtrat auf, Artikel 5 so zu belassen, wie es das Reglement vorschlägt und den Änderungsantrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Änderungsantrag mit 8 zu 27 Stimmen ab.

Artikel 7, Absatz 3

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, fordert die Regelung der Höchstarife aus dem Reglement zu streichen. Er ist der Ansicht, dass der Markt selbstregulierend ist. Ein Überangebot, wie es im Moment im Taxiwesen in Thun der Fall ist, führt tendenziell zu einer Preissenkung. Dadurch passt sich das Angebot der Nachfrage an. Höchstarife werden abgelehnt, da diese zu einer Preissteigerung bis zum festgelegten Maximalpreis führen können.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag mit 23 zu 14 Stimmen zu.

Artikel 13

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, beantragt, auf die Beförderungspflicht zu verzichten. Aus der Sicht der SVP-Fraktion ist eine Beförderungspflicht nicht notwendig. Durch das Überangebot, muss niemand gezwungen werden, unfreiwillig einen Vertrag einzugehen. Diese Forderung gehört nicht in einen privatrechtlichen Vertrag, schränkt die Handlungsfreiheit der Unternehmer ein und muss aus diesem Grund abgelehnt werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, will an der Beförderungspflicht festhalten. Es handelt sich um eine Dienstleistung gegenüber der Öffentlichkeit in einem öffentlichen Raum. Der Gast braucht die Gewährleistung, auch bei einem unattraktiven Wunsch wie kurzen Fahrstrecken, befördert zu werden. Die Dienstleistung erfolgt auf öffentlichem Boden mit öffentlicher Unterstützung und braucht deshalb Regelungen.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der Markt auch auf öffentlichem Boden stattfindet und keine Verkaufspflicht besteht. Der Vergleich ist nicht haltbar.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, betont, dass die SVP-Fraktion den Absatz 2 nicht streichen will. Er verweist auf den Absatz 2, in dem steht, dass die Beförderung von Personen nicht auf Grund der Länge der Beförderungstrecke ausgeschlagen werden darf. Dadurch werden Gäste mit kurzen Fahrtstrecken weiterhin bedient. Weiter hält der Absatz 2 wichtige Regelung bezüglich der Beförderungspflicht fest, wie beispielsweise die Beförderungspflicht von Menschen in einer Notsituation. Der Absatz 1 stört und ist nicht notwendig. Der Absatz 2 deckt sämtliche notwendigen Situationen ab. Der Absatz 3 ist aus Stringenz Gründen ebenfalls zu streichen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, sieht die Logik bei den Änderungsanträgen nicht mehr. Die SVP-Fraktion fordert den Grundsatz der Beförderungspflicht in Absatz 1 abzuschaffen. Somit hat der Taxifahrer die Möglichkeit, Kunden abzulehnen. Gleichzeitig ist der Taxifahrer verpflichtet, die Gründe, weshalb der Kunde abgelehnt wird, zu nennen. Die Regelung macht nur Sinn, wenn der Taxifahrer grundsätzlich zu einer Beförderung von Kunden verpflichtet ist, und bei einer Ablehnung die Gründe aus Absatz 2 nennen kann. Ist der Taxifahrer grundsätzlich zu keiner Beförderung verpflichtet, braucht es auch keine Begründung bei einer Ablehnung von Kundschaften.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, ist überzeugt, dass bei einem grossen Angebot an Taxifahrer, immer auch ein Taxi für kurze Strecken gefunden werden kann. Die FDP-Fraktion lehnt die Beförderungspflicht aus sicherheitsrelevanten Gründen, wie beispielsweise die Beförderung von stark betrunkenen Fahrgästen, ab.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, will nicht die Ausnahme festlegen und den Grundsatz streichen. Der Absatz 2 definiert die Ausnahmen der Abweichungen im Grundsatz und verweist auf das Taxireglement. Der Absatz 2 deckt alle notwendigen Situationen ab, Weiteres ist überflüssig.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, schlägt vor, den Absatz 1 und Absatz 3 voneinander zu trennen. Im Absatz 3 wird das Obligationenrecht wiederholt und ist deshalb nicht notwendig. Über die Formulierung im Absatz 1 kann diskutiert werden.

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass ein anderer Abänderungsantrag vorliegt, der beide Absätze enthält.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, ist bereit den Antrag von Stadtrat Peter Stutz (Grüne) anzunehmen und die Anträge 1 und 3 voneinander zu trennen.

Gemeinderat Peter Siegenthaler betont, dass die Praxis eine andere Situation bei der Beförderung von Gästen zeigt. Aus diesem Grund ist eine Beförderungspflicht notwendig. Er fordert den Stadtrat auf, den Artikel ohne Änderungen anzunehmen. Der Artikel ist sinnvoll und kundenfreundlich. Ein Gast darf nicht auf Grund der Streckenlänge abgelehnt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, wie der freie Markt die Beförderungspflicht regeln kann. Er empfiehlt den Artikel ohne Änderungen anzunehmen.

Absatz 1:

Der Rat lehnt den Änderungsantrag mit 15 zu 22 Stimmen ab.

Absatz 3:

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag mit 21 zu 16 Stimmen zu.

Artikel 15:

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass in Artikel 15 eine Selbstverständlichkeit des Anstandes geregelt wird. Es ist fraglich, den Anstand zu regeln und als Officialdelikt mit entsprechender Strafe gesetzlich festzulegen. Problematisch ist der Widerspruch mit dem übergeordneten Gesetz. Zuständig für den Vertragsinhalt eines Taxivertrages ist das Bundesgesetz, es gibt keinen gewerbepolizeilichen Grund dafür. Somit kann keine Pflicht für den Taxifahrer festgelegt werden.

Gemeinderat Peter Siegenthaler, weist darauf hin, dass der Artikel auf Grund von Erfahrungen in der Praxis entstanden ist. Es sind nicht alle Taxichauffeure gleich. Durch Probleme in der Vergangenheit ist der Artikel zustande gekommen. Er fordert den Stadtrat auf, den Artikel ohne Änderungen anzunehmen.

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag mit 19 zu 18 Stimmen zu.

Artikel 17, Absatz 2

Der Rat lehnt den Änderungsantrag mit 16 zu 21 Stimmen ab.

Artikel 24 und 25

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass sich der Änderungsantrag auf die Ziffer 5 beschränkt. Es geht um die Sanktionierung der Nichtteilnahme an der obligatorischen Taxihalterkonferenz. Eine Sanktionierung mit Bussen ist unverhältnismässig und aus diesem Grund aus dem Artikel 24 und 25 zu streichen.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, betont, dass bei Verpflichtungen auch die Folgen definiert werden müssen. In Artikel 24, Absatz 3 ist festgehalten, dass in spezifischen Fällen von Sanktionen in Form von Bussen abgesehen werden kann. Der Antrag der SVP-Fraktion wird abgelehnt.

Gemeinderat Peter Siegenthaler, strebt ein partnerschaftliches Zusammenleben mit dem Taxigewerbe an. In leichten Fällen kann von der Verhängung von Bussen abgesehen werden. Die Taxihalterkonferenz bietet eine gute Möglichkeit, mit den Taxifahrer im Gespräch zu bleiben und Probleme zu diskutieren. Absichtliches Fernbleiben der Konferenz sollte deshalb durch Sanktionen verhindert werden können. Er fordert den Stadtrat auf, den Artikel ohne Änderungen anzunehmen.

Der Rat lehnt den Änderungsantrag mit 10 zu 27 Stimmen ab.

Der Rat genehmigt einschliesslich dieser Änderungen einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Bst. a) der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 24. Oktober 2013, beschliesst:

1. Die Totalrevision des Taxireglements wird genehmigt und per 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

71. Interpellation I 7/2013 betreffend Kosten Grünabfuhr

Fraktionen SVP und FDP vom 6. Juni 2013; Beantwortung

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist von der Antwort teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion. Er bedankt sich beim Gemeinderat für die verständliche und illustrative Beantwortung. Durch die Abschaffung der Gebühren der Grünabfuhr sind zusätzliche Kosten entstanden. Hohe Kosten entstehen zudem bei der Abgabe der Grünmenge in der Vergärungsanlage in Wimmis. Die Summe der Kosten ergibt einen Betrag von über 600'000 Franken pro Jahr. Die SVP-Fraktion begrüsst tiefe Gebühren in der Grünabfuhr. Bedenklich sind jedoch die hohen Kosten der Grünmaterialabgabe. Er weist in der Frage 5 darauf hin, dass nicht die AVAG, sondern die Vergärungsanlage in Wimmis, nicht mehr kostendeckend geführt werden kann. Er erläutert dem Stadtrat zusammenfassend das Diagramm in den Dokumenten auf Seite 2. Die Vergärungsanlage in Wimmis Oberland Energie AG wird von den Aktionären AVAG und BKW getragen. Störend ist, dass die Interpellation festhält, dass der Betrag der Stadt Thun systemrelevant ist. Der Betrag der Stadt Thun garantiert, dass die Anlage in Wimmis funktionieren kann. Er äussert den Verdacht auf Quersubventionierung durch die Stadt Thun und weist auf die Problematik, dass ausschliesslich die Stadt Thun finanziert. Gefordert wird, den Betrag der Stadt zu reduzieren oder andere Player ebenfalls zu einem Beitrag zu verpflichten. Er fordert den Gemeinderat auf, bei Handlungsbedarf zu reagieren und aktiv zu informieren.

Gemeinderat Roman Gimmel weist auf die zwei Rollen, die die Stadt Thun in dieser Beziehung einnimmt, hin. Einerseits ist die Stadt Thun Aktionärin im Konstrukt AVAG, die Mitaktionärin bei der Oberland Energie AG ist, und andererseits die Rolle der Stadt Thun als Lieferant der Rohstoffe. Die BKW ist im Unterschied dazu kein Grünmateriallieferant. Ansonsten ist die BKW ein Partner wie die AVAG bei der Oberland Energie AG. Bis zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Dividenden an die Aktionäre verteilt worden und das wird in Zukunft auch nicht erwartet. Somit sind Befürchtungen, dass die BKW sich bereichert, nicht begründet. Weitere Details können in bilateralen Gesprächen diskutiert werden.

72. Interpellation I 8/2013 betreffend Asylunterkunft Allmendingen (Schliessung 2014?)

SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 6. Juni 2013; Beantwortung

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist von der Antwort teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion. Er bedankt sich für die kurzen und klaren Antworten des Gemeinderats und weist auf den Orientierungsanlass für die Bevölkerung in Allmendingen hin. Dadurch, dass der Orientierungsanlass 2 Tage vor dem geplanten Bezug der Asylunterkunft stattgefunden hat, war die Stimmung sehr angespannt und emotional. Die betreffenden Personen haben gut durch den Abend geführt und konnten trotz mangelnden Informationen die Gemüter besänftigen. Er vergleicht die Situation in Allmendingen mit dem der Asylunterkunft Hochfeld in Bern, die nach der Schliessung für unbefristete Zeit wieder geöffnet wurde. Der Auslöser für die Interpellation war eine Bestätigung der befristeten Nutzungsvereinbarung bis Ende 2014. Die SVP-Fraktion ist froh, dass es bisher keine Zwischenfälle gab, und bedankt sich bei allen Beteiligten, die sich für die Sicherheit und den Betrieb der Anlage einsetzen.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, unterstützt die letzten Worte von Stadtrat Philipp Deriaz und bedankt sich beim Gemeinderat für die klaren Antworten. Er nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass der Betrieb des Asylzentrums ohne weitere Schwierigkeiten verlaufen ist. In Ziffer 2 äussert der Gemeinderat seine Erwartungen bezüglich der Entschärfung der Asylpolitik im Zusammenhang mit den angestrebten Lösungen auf Bundesebene und den zukünftigen Rückgang der Asylanträge. Diese Meinungen werden von der BDP-Fraktion unterstützt. Die Asylantenproblematik wird aber auch in Zukunft nicht ganz gelöst sein. Die BDP-Fraktion hätte vom Gemeinderat erwartet, dass die Situation in 2014 neu beurteilt wird und die Stadt Thun sich bereit erklärt hätte, im Zusammenhang mit der Asylproblematik im Rahmen ihrer Möglichkeiten, nach neuen Lösungen zu suchen.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, erinnert an die Informationsveranstaltung vom 29. Mai 2013 und die geäusserten Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung. Diesbezüglich wurde zugesichert, dass eine 24 Stunden Eingangskontrolle und Patrouillen im Dorf durchgeführt werden, dass die Asylbewerber eine Tagesstruktur haben und mehrheitlich Familien in der Unterkunft aufgenommen werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Befürchtungen nicht eingetroffen und es gibt keine grossen Veränderungen in Allmendingen. Die SP-Fraktion ist mit den Antworten des Gemeinderates zufrieden.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, kann die Antwort des Gemeinderats nur bestätigen. Sie hat nur positive Erfahrungen bezüglich der Asylunterkunft Allmendingen gemacht. Die Zentrumsleitung bemüht sich für eine abwechslungsreiche Tagesstruktur trotz den eingeschränkten Mitteln. Eine gute Tagesstruktur und sinnvolle Beschäftigungen sind die besten Voraussetzungen, damit Menschen nicht auf die schiefe Bahn geraten. Die Gruppe für interkulturelles Thun hat unterschiedliche Angebote und Projekte, wie Sammelaktionen, Deutschkurse, Fussballtraining, Einladung zur Kinderweihnachten der UNIA durchgeführt und realisiert. Die Zusammenarbeit mit der Zentrumsleitung hat sehr gut funktioniert. Aus diesen Gründen fordert die Mehrheit der SP-Fraktion eine Abklärung für eine Verlängerung der Asylunterkunft Allmendingen.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, bestätigt die gute Zusammenarbeit mit dem Zentrum. Von der Bevölkerung sind keine Rückmeldungen eingegangen, was positiv bewertet wird. Er weist auf kleinere Zwischenfälle, wie Velodiebstahl, hin. Die im Vorfeld geäusserten Ängste und Befürchtungen sind nicht eingetroffen und die Situation ist im Moment in Ordnung. Trotzdem ist die Bevölkerung von Allmendingen froh, wenn das Asylzentrum nach Ende 2014 nicht weiter geführt wird.

Gemeinderat Peter Siegenthaler bedankt sich für die sachliche Diskussion im Stadtrat. Der Gemeinderat und der Polizeidirektor des Kantons wurden auf Grund der kurzfristigen Informationsveranstaltung kritisiert. Aus diesem Grund wird in den Antworten der Interpellation festgehalten, was an der Informationsveranstaltung versprochen wurde. Zu diesem Zeitpunkt wurde eine Schliessung der Anlage Ende 2014 vereinbart und der Gemeinderat sieht diesbezüglich keinen Grund, seine Haltung zu überprüfen. Er ist sicher, dass der Ablauf in der Anlage sehr gut funktioniert und ist sich bewusst, dass es einzelne Ereignisse ausserhalb gegeben hat.

73. Fragestunde

Alice Kropf (SP) vom 19. November 2013; Beantwortung

Die Frage F 5/2013 betreffend Gemeinderating Solidar Suisse wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

Peter Stutz (Grüne) und Martin Allemann (SP); Beantwortung

Die Frage F 6/2013 betreffend Realisierung des Schlossbergparkings wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet und liegt auf.

Hädener Konrad (CVP) vom 19. November 2013; Beantwortung

Die Frage F 7/2013 betreffend Wegweiser zum KKThun erfordert zusätzliche Abklärungen. Eine Antwort war deshalb bis zur heutigen Stadtratssitzung nicht möglich. Die Antwort des Gemeinderates wird gemäss Artikel 43 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Stadtrates von Thun mit dem nächsten Stadtratsversand zugestellt bzw. im Internet veröffentlicht.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident verweist auf die Einladung zur Jahresschlussfeier anschliessend an die letzte Stadtratssitzung am 13. Dezember 2013 um 19:00 Uhr und bittet um eine gute Vorbereitung der Voten und diese kurz und knapp zu fassen.

Eingänge

- **Postulat „Austritt der Stadt Thun aus der SKOS“: Lukas Lanzrein (SVP), Carlo Schlatter (SVP) und Mitunterzeichnende**
- **Interpellation betreffend Mindestlöhne: SP-Fraktion**

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger